

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 62 (1968)
Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : verschärfter Krieg im Fernen Osten? ; Der ferne Frieden ; Westdeutsche "Demokratie" ; Sizilianisches Elend ; Sowjetunion- wohin?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf der zweiten Welthandelskonferenz, die in diesem Februar in Neu-Delhi stattfindet, geht es um Verhandlungen, die Leben oder Tod von Millionen Menschen bedeuten. Lefringhausen fordert die Kirchen auf, an dieser Verantwortung mitzutragen.
B. W.

WELTRUNDSCHAU

Verschärfter Krieg im Fernen Osten? In den letzten Wochen war ungewöhnlich viel die Rede von nahenden *Friedensverhandlungen* zwischen den Kriegsparteien in Südostasien. Da platzte der Zwischenfall mit der «Pueblo» in die Kulissengespräche hinein — und bereits spricht man von einer Ausdehnung des Konfliktes auf *Korea* oder doch von einer «Anheizung» des Kalten Krieges, der schon lang in Nordostasien zwischen den Vereinigten Staaten einerseits, Nordkorea, China und der Sowjetunion anderseits geführt wird.

Die Kaperung des amerikanischen Spionageschiffes «Pueblo» durch die Nordkoreaner wäre an und für sich noch keineswegs tragisch zu nehmen. Amerikanische Spionageschiffe arbeiten an allen kritischen Punkten der Welt, genau wie sowjetische «Aufklärungsboote». Die Vereinigten Staaten lassen ausserdem fortwährend Spionageflugzeuge über der Sowjetunion, China, Grönland usw. patrouillieren (man erinnert sich noch allzugut an die U2-Maschine, die über der Sowjetunion abgeschossen wurde), nicht zu reden von den amerikanischen Nachrichtensatelliten, die die Erde umkreisen. Und wenn es auch wahr sein sollte, dass die «Pueblo» ausserhalb der nordkoreanischen Hoheitsgewässer beschlagnahmt wurde, so war sie doch bestimmt so unverschämt nahe an der nordkoreanischen Küste, dass man in Pjongjang beschloss, das Treiben des amerikanischen Beobachtungsschiffes etwas genauer anzusehen. In einem ähnlichen Fall hätten die USA auch nicht gezögert, das «feindliche» Spionageboot zu schnappen. Wegen der Errichtung von Raketenstützpunkten auf Kuba, ein paar hundert Kilometer von Nordamerika entfernt, riskierte Washington ja einen Weltkrieg! Die moralische Entrüstung und die ganze Säbelrasslerei, womit Washington zuerst auf die nordkoreanische «Seeräuberei» antwortete, war darum wirklich überflüssig. Wer im Glashaus sitzt ...

Die Frage ist aber, was *hinter* der ganzen Angelegenheit steckt. In Nordkorea macht sich eben seit einiger Zeit ein merkwürdiger Tatendrang geltend. Kleinere Vorstösse gegen Südkorea scheinen an der Tagesordnung zu sein. Auch die Sprache von Regierungsorganen und Presse gegenüber den Vereinigten Staaten wird herausfordernder. Liegt es da so weit abseits, zu vermuten, dass der Handstreich gegen die «Pueblo» nur Bestandteil einer verschärften Führung des Kalten Krieges gegen die USA ist und dass er vielleicht die Washingtoner Regierung veranlassen sollte, sich zu ihrer Überbelastung mit dem Vietnamkrieg auch noch einen neuen Konflikt mit Nordkorea aufzuladen? Wäre es so ganz undenkbar, dass man in Pjong-

jang sogar irgendwie im Sinn — wenn nicht geradezu im Einverständnis mit — der Ostasienpolitik Pekings und Moskaus vorprellte? Präsident Johnson liess sich jedenfalls durch den «Pueblo»-Zwischenfall zum Aufgebot eines Teils der amerikanischen Luftwaffenreserve verleiten, also zu einer wenig volkstümlichen Massnahme, die er bisher vermieden hatte, die aber geeignet ist, die militärischen und finanziellen Kräfte der Vereinigten Staaten noch weiter anzuspannen. Bereits hat er auch die Verstärkung der Luftstreitkräfte in Südostasien angeordnet, «um allen Eventualitäten zu begegnen, die sich aus der Koreakrise ergeben könnten». Das ist doch nichts anderes als eine weitere Drehung der «Eskalationsschraube». Ein *noch* stärkerer Einsatz der amerikanischen Kriegsmittel gegen Nordkorea müsste aber dem Präsidenten in diesem Wahljahr besonders unangenehm sein. Er hat darum allen Grund, dafür zu sorgen, dass aus dem Feuerlein um die «Pueblo» nicht ein grösserer Brand wird, dass also der anfangs so mächtig aufgebauschte Zwischenfall so schnell und so unkriegerisch wie möglich erledigt wird.

Der ferne Frieden Mittlerweile ist für *Vietnam* selbst noch immer kein Ende des Krieges abzusehen. Es scheint, als seien alle Bemühungen um Frieden für das unglückliche Land und Volk zum Misserfolg verurteilt. Eine Zeitlang konnte man sich zwar auf Grund von wiederholten Äusserungen nordvietnamesischer Diplomaten der Hoffnung hingeben, Hanoi sei tatsächlich bereit, in Verhandlungen einzutreten, wenn die Amerikaner ihren schauerhaften Luftkrieg einstellten, wie ihnen das von allen Seiten geraten wird. Aber es ist bei näherem Zusehen doch fraglich, ob Nordvietnams Regierung, wie Präsident Johnson neuerdings als Bedingung für Friedensgespräche forderte, auf militärische Hilfeleistung an den Vietkong dann verzichten würde. Mit ihren Luftangriffen wollten ja die Amerikaner gerade die Regierung von Hanoi zwingen, ihre Streitkräfte aus Südvietnam zurückzuziehen; sie müssten also bei einem bedingungslosen Abbruch dieser Angriffe den Fehlschlag ihres ganzen Planes eingestehen. Und auch wenn sie das täten, bestünde kaum ernste Aussicht auf einen Erfolg von Verhandlungen. Die Vereinigten Staaten wollen eben nach wie vor nicht den Frieden, den Nordvietnam und die südvietnamesische Befreiungsfront erstreben, also einen Zustand völliger Freiheit Südvietnams von amerikanischer Einmischung irgendwelcher Art; sie beharren darauf, dass Südvietnam von jeder *kommunistischen* Einflussnahme — woher sie auch komme, aus dem Land selbst oder von aussen her — frei werden, das heisst also unter amerikanischem «Schutz» bleiben müsse, wenn nicht nach ihrer sogenannten Dominotheorie mit Vietnam ganz Südostasien kommunistisch werden solle. Dass für die Amerikaner Kommunismus gleichbedeutend ist mit nationaler und sozialer Befreiung der unterentwickelten Völker von kapitalistisch-imperialistischer Beherrschung, dass also ihr Vietnamkrieg ausgesprochen gegenrevolutionären Charakter hat, tut nichts zur Sache; sie fechten einfach unter einem Banner mit der verlogenen Losung «Freiheit für Südvietnam und Südostasien von kommunistischer

Tyrannie!» — und das macht jeden echten Frieden mit ihnen für Nordvietnam und seine Verbündeten im Südteil des Landes unmöglich.

Man kann sich zwar vorstellen, dass Hanoi trotzdem auf einen wenigstens vorläufigen Abbruch der militärischen Kriegführung einzutreten gewillt wäre, einfach um einmal aus der Hölle des amerikanischen Luftkrieges erlöst zu werden (in dem auf Nordvietnam schon jetzt mehr Bombenladungen abgeworfen wurden als während des Zweiten Weltkrieges insgesamt auf Deutschland), und in der Hoffnung, dass die Amerikaner *in Etappen*, auch ohne «heissen» Krieg, aus Vietnam doch schliesslich vertrieben werden könnten. Aber das ist vorderhand nur eine Denkmöglichkeit; mindestens offiziell hält Nordvietnam an seiner Höchsthforderung fest, dass die Vereinigten Staaten bereit sein müssten, schlicht und einfach Vietnam zu verlassen, wenn die Kriegshandlungen abgebrochen werden sollten. Und von einer solchen Bereitschaft ist trotz allem Widerstand gegen die Kriegspolitik der Washingtoner Regierung, der aus dem amerikanischen Volk heraus wie vom Ausland her kommen mag, heute weniger die Rede als je. So muss man sich eben auf den erbarmungslosen Fortgang einer Schlächtereie gefasst machen, die schon viel zu lang gedauert hat und so lang weiterdauern wird, bis die eine oder die andere Seite zur Überzeugung kommt, dass eine militärische Entscheidung über das Schicksal Vietnams unmöglich geworden ist.

Vielleicht führt gerade die *Grossoffensive* der nordvietnamesischen und Vietkongstreitkräfte, die sich im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen zu entfalten beginnt, zu solcher Überzeugung. Noch ist ihr tatsächliches Ergebnis in keiner Weise abzuschätzen. Für den «weit vom Geschütz» postierten Beobachter sieht es aber tatsächlich so aus, als müssten die Amerikaner endlich zugeben, dass sie den Krieg auf dem Schlachtfeld so wenig gewinnen können wie in der Seele des südvietnamesischen Volkes. Andererseits haben ihre Gegner auch jetzt wieder eine derartige Kampfkraft und Opferwilligkeit bewiesen, dass niemand ihnen den Vorwurf der Kapitulation machen könnte, wenn sie nie Hand zu einem Vergleichsfrieden böten. Der Weg zu Friedensverhandlungen, bei denen beide Seiten «das Gesicht wahren» könnten, scheint damit mehr und mehr geöffnet zu werden. Tief beklagenswert, ja vielleicht ein eigentliches Verhängnis ist es auf jeden Fall, dass weder die Sowjetunion noch China als stille Verbündete Nordvietnams und des Vietkongs, noch Grossbritannien, Frankreich oder gar Westdeutschland als «moralische» Stützen der Vereinigten Staaten einen tapferen Schritt zugunsten eines raschen Kriegsabbruches zu tun wagen. Gleich feig sind auch die mehr oder weniger neutralen Staaten, obwohl gerade sie berufen wären, ihr wirklich nicht geringes Gewicht in die Waagschale des Friedens zu werfen. Auch die Schweiz hält wie gewohnt Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit, und es war kaum noch nötig, dass die «Neue Zürcher Zeitung» dem Bundesrat klarmachte, was er zu tun oder besser nicht zu tun habe, um unseren neutralen Staat von Schritten abzuhalten, die über Briefträgerdienste und andere harmlose Friedensgebärden hinausgehen könnten. Dass auf solcher Weltklugheit und kleinlicher Sorge um das eigene Wohl

irgendein Segen für unser Land ruhen könne, glauben nur völlig abgebrühte «Realpolitiker», die von den wahren Realitäten keine Ahnung haben.

Westdeutsche «Demokratie» In der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig eine breite Auseinandersetzung über die Demokratie — was sie ist und was sie nicht ist, aber sein sollte — im Gang. Man merkt dort allmählich doch, welcher Selbsttäuschung man erlegen, ja Welch grobem Schwindel man aufgesessen ist, als nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues, ein demokratisches (und dazu friedliebendes) Deutschland verkündet und daran geglaubt wurde, ein Deutschland, das freilich nur vom Rhein bis an die Elbe reiche; denn was in der «Ostzone» geschehe, das sei natürlich das Gegenteil von Demokratisierung, sei eigentlich nur die Fortsetzung des Nazismus mit anderen Mitteln und Vorzeichen. Jetzt gibt man weitherum offen zu, dass Demokratie, Selbstregierung des Volkes, auch in der von den Westmächten geschaffenen Republik erst gelernt und mühsam angewandt werden muss, aber noch *weit, weit davon entfernt ist, Wirklichkeit zu sein*. «Es ist nicht mehr zu leugnen», rief in seiner Ansprache an einer Tagung der Vereinigung «Notstand der Demokratie» in Essen Professor Werner Hofmann aus, «der Boden unserer Verfassungsordnung ist ins Schwanken gekommen; die staatsbürgerlichen Freiheiten sind von schleichender Auszehrung befallen; unsere Grundrechte stehen auf rachitischen Beinchen. Der Bundestag, der sich einer grösseren Öffentlichkeit kaum mehr stellt, verwandelt sich in einen blossen Erfüllungsgehilfen der Regierung, und entsprechend wird er von ihr behandelt. Schon wird offen vom Verfall des Parlamentarismus gesprochen... Enttäuschung, Sorge, Unruhe breiten sich in weitesten Kreisen unseres Volkes aus. Die Entfremdung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei nimmt zu. Bei unseren werktätigen Menschen hat das tiefe Gefühl Platz ergriffen: Von der Regierung der Grossen Koalition ist nichts mehr zu erhoffen: weder Sicherung des Arbeitsplatzes noch erweiterte Mitbestimmung, noch Wahrung des Sozialbestandes.»

Der Kampf um die Notstandsgesetze ist ein besonders in die Augen springendes Anzeichen dieses ganzen Zustandes. Die Väter dieser Gesetze wollen ja im Grund nichts anderes als die kranke Demokratie mit deren tatsächlicher Abschaffung «heilen», was natürlich in Westdeutschland von vornherein auf überzeugte Zustimmung in den sogenannten Führungsschichten zählen durfte. Aber so einfach, wie man sich das vorstellte, geht es eben doch nicht. Die Erkenntnis oder doch der Verdacht ist im Volk, besonders auch unter den jüngeren Jahrgängen und bei den Intellektuellen, weit verbreitet, dass ein Grundgesetz (eine Verfassung also), das im Geist (wenn man da noch von Geist reden kann) der Notstandspolitiker geändert werde, «das Schlussgesetz der Demokratie sein» könne, wie ein Kommentator der Notstandsgesetzgebung meinte. Aber die Krankheit der westdeutschen Demokratie kommt ja auch in anderen Erscheinungen als in diesen Gesetzen zum Ausdruck, die jetzt nach wiederholten, aber nicht sehr ernst zu nehmenden Änderungen des ursprünglichen Entwurfes den Bun-

destag angeblich endgültig beschäftigen sollen und auf jeden Fall der Zustimmung der Sozialdemokratie sicher sein können. Ein einziger Hohn auf alle Demokratie ist beispielsweise der Zustand der westdeutschen *Presse*. Denn zur Selbstregierung des Volkes gehört eben mit in erster Linie die freie politische Meinungsbildung — und davon ist in der westdeutschen Republik keine Rede. Die öffentliche Meinung wird dort planmässig «gemacht», und zwar grossenteils durch die Presse des in Hamburg beheimateten Verlagshauses Axel Springer. Dieser Riesenpolyp hat 81 Prozent aller überregionalen Zeitungen an sich gezogen, dazu 90 Prozent der Sonntagszeitungen, 48 Prozent der Programmzeitschriften und 87 Prozent der Jugendzeitungen. «Springers Anteil an der Gesamtauflage aller westdeutschen Tageszeitungen beträgt schon mehr als ein Drittel und nimmt weiterhin zu», stellt der Bonner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 4083, 1967) fest. Sogar er kommt zu dem Schluss, «dass diese Konzentration aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen bedenklich zu werden beginnt. Das Zeitungssterben mochte für eine Weile eine Entwicklung sein, die der allgemeinen wirtschaftlichen Konzentration entsprach, weil damit unrentable und veraltete Betriebe dem verschärften Wettbewerb zum Opfer fielen. Indem sich die Schere zwischen wachsenden Herstellungskosten und dem Schwund der Anzeigen im Zeichen der abflauenden Konjunktur immer mehr öffnet, kommen aber weitere Zeitungsunternehmen in die Klemme. Dazu kommt nun der *Konzentrationsprozess*, wobei für kleinere Blätter die Konkurrenz des Fernsehens weniger gefährlich ist als eben die Expansion der überregionalen Massenpresse».

In Wirklichkeit *beginnt* nicht nur die Zusammenballung des Besitzes an Zeitungen und Zeitschriften in Westdeutschland bedenklich zu werden; sie *ist* schon längst ein Krebsübel am Körper der Bundesrepublik. Springers Zeitungsverlag ist ein grosskapitalistisches Unternehmen, folgt den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung und ist selbst ein Handwerkzeug des westdeutschen (und internationalen!) Kapitalismus, dessen Zwecken er mit seiner Vernebelung der Köpfe und Abstumpfung der Gewissen mindestens so wirksam dient, wie das die ebenfalls stark zentralisierte Presse der Vereinigten Staaten tut. Die kapitalistische Wirtschaft unterstützt denn auch — namentlich durch Zuhaltung grosser Anzeigenaufträge — den Springer-Verlag planmässig. «Springer wirbt für die private Industrie, und diese finanziert das Privatunternehmen Springer», schreibt Jörg Hufschmid in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Oktober 1967) sehr zutreffend. Die Wirkung ist katastrophal. «Wenn freie Meinungsbildung», so meint der gleiche Verfasser, «der Prozess ist, in dem der Leser, nachdem er Gründe und Gegenstände abgewogen hat, von sich aus die Entscheidung für eine bestimmte Beurteilung einer Sachlage fällt, dann gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kaum noch freie Meinungsbildung: entweder fehlen die Gegenstände ganz oder die Entscheidungen werden bereits im vorhinein für den Leser getroffen. Wenn ein Pressekonzern, der wie der Springers eine Monopolstellung hat, anfängt, dezidierte Politik

zu machen, stellt er keine politischen Stellungnahmen mehr zur Diskussion, sondern produziert politische Stimmungen.»

Es ist ganz vergeblich, solchen Erscheinungen gegenüber mit dem Trost zu kommen, in den Ländern des Westens bestehe eben trotzdem noch Pressefreiheit. Formal, ja, nämlich gegenüber der Staatsgewalt (und auch da lang nicht mehr uneingeschränkt); gegenüber den Wirtschaftsmächten aber ist es mit der Pressefreiheit in den kapitalistischen «Demokratien» so ziemlich vorbei. Und man kann sich fragen, was verheerender ist: die vom Staatsapparat durchgesetzte Gleichschaltung der Presse und Literatur in den kommunistischen Diktaturstaaten oder die auf dem Papier gewährleistete Freiheit einer Presse, die in immer grössere Abhängigkeit von kapitalistischen Herrschaftsinteressen gerät.

Von den übrigen Kräften, die auch in Westdeutschland vom Boden der Wirtschaftsdiktatur aus gegen die politische Demokratie wirken — Militär, zum Teil Kirchen, Sport- und Vergnügungsbetrieb usw. —, sei heute nur noch die *Schule* erwähnt. Sie wirkt in doppeltem Sinn demokratiewidrig: als Einrichtung, die von autoritärem Geist erfüllt ist, und als geistige Stütze der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung. In den schon genannten «Blättern» (und wiederum im Oktoberheft 1967) geht H.-J. Haug mit den Ergebnissen dieses Erziehungssystems scharf ins Gericht: «Weil den Schülern verwehrt wird, was die Demokratie ausmacht (gemeint ist selbständiges Denken und Handeln. H. K.), sind sie keine Demokraten. Über die Hälfte der Oberschüler, 51 Prozent genau, glaubt nicht, dass eine Diktatur ihr Leben ändern würde. Bei den Volksschülern sind es sogar 61 Prozent.» Eine Untersuchung habe gar ergeben, dass nur 15 Prozent aller Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren der Auffassung sind, man solle Politik in Parteien, Verbänden, Schule und Beruf praktisch anwenden. Nicht der Staatsbürger werde in der Schule geformt, sondern, der *Untertan*, «der Biertischpolitiker bestenfalls, der ‚die da oben‘ sagt, wenn er seine Regierung meint, der jegliche Verantwortung ablehnt und mit nichts etwas zu tun haben will... Wo einer Freiheit fordert und Demokratie, da fordert er sie für alle Lebensgebiete. Denn die Freiheit ist unteilbar. Sie darf ebensowenig vor den Klassenzimmern haltmachen wie vor den Fabrikatoren».

Und erst recht nicht vor den Hörsälen der Hochschulen, fügen wir hinzu. Wie es dort mit der Demokratie aussieht, kann man am Titel eines jüngst erschienen Buches ablesen: «Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule.» Zum Glück regt sich in Westdeutschland der demokratische Geist besonders lebendig, gerade unter der studierenden Jugend, die allmählich in einer Art und Weise gegen ihre «Vorgesetzten» auftritt, die in früheren Zeiten in Deutschland völlig undenkbar gewesen wäre.

Wie all das in der Bundesrepublik weitergehen soll, ist freilich unklar. Man redet viel von einer «*ausserparlamentarischen Opposition*», die ins Leben gerufen werden solle. Aber der Begriff ist noch reichlich nebelhaft. Auch wenn man zugeben will, dass ohne ausserparlamentarischen Druck die Notstandsgesetze längst in Kraft stünden, wäre ein solches Vorgehen erst ein

Schritt auf dem Weg, den die Vorkämpfer einer wirklichen Demokratisierung der Bundesrepublik empfehlen. Dass im Rahmen der bestehenden Parteien und ihres Parlamentarismus ein Umschwung des ganzen politischen Betriebes in Westdeutschland, wie er täglich nötiger wird, möglich sei — diese Vorstellung wird man jedenfalls endgültig begraben müssen. Dazu hülfe auch nicht die Abschaffung des Verhältniswahlrechts und die Wiedereinführung der Mehrheitswahl in ein paar hundert Bezirken, von der sich so viele Politiker feste Mehrheiten auch in der Volksvertretung versprechen. Das und ähnliche Rezepte sind Symptomsheilmittel, aber keine Reformen, die an die Wurzeln des Übels gehen. Ohne eine grundlegende Umgestaltung des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Unterbaus ist auch in der Bundesrepublik Deutschland kein Durchbruch zur politischen Demokratie zu erwarten.

Sizilianisches Elend Das jüngste *Erdbeben in Sizilien*, das mehr als 200 Menschen das Leben gekostet, ganze Dörfer zerstört und 42 000 Obdachlose hinterlassen hat, lenkt die Aufmerksamkeit erneut auf diesen noch immer so schwer unterentwickelten Landesteil Italiens. Die Naturkatastrophe hat Nordwestsizilien um so grausamer getroffen, als gerade die von ihr heimgesuchte Gegend, in der Hauptsache Teile der Provinzen Trapani und Agrigento, zu den ärmsten Landstrichen sogar des ohnehin verelendeten Süditaliens überhaupt gehören. «Die Landschaft», so beschreibt sie ein Sonderberichterstatte der «Neuen Zürcher Zeitung», «ist imposant und furchterregend zugleich; steinige Hügel mit kargem Grün wechseln mit bizarren Felsstümpfen. Die Siedlungen krönen meistens die Hügelkuppen oder lehnen sich an die Bergflanken. Die Leute leben von einer archaischen Viehwirtschaft; da und dort gibt es ein wenig Getreide, Olivenbäume oder gar Gemüse und Obst... Nur wenige sind es, die eigenes Land bebauen. Die meisten sind schlechtbezahlte Arbeiter irgendeines fernwohnenden Grossgrundbesitzers. Ein Grossteil der jüngeren Männer geht dem Verdienst im Ausland nach, und für viele Familien ist der allmonatliche Check des Sohnes, des Bruders oder des Vaters das einzige, was sie halbwegs vor Armut und Misere bewahrt.»

Von der selbstlosen Arbeit Danilo Dolcis her sind uns die elenden sozialen Zustände Westsiziliens nur zu gut bekannt. Und manche Leser werden sich auch an die Schilderungen erinnern, die im Jahrgang 1965 der «Neuen Wege» die Frau des Waldenserpfarrers Tullio Vinay in Riesi von der fürchterlichen Lage, besonders auch der Frauen, in diesem Teil Siziliens gegeben hat. In anderen Gegenden der grossen Insel sind die Verhältnisse zum Teil besser, besonders wo eine moderne Industrie im Entstehen begriffen ist. Im ganzen trifft aber noch immer die Darstellung zu, die seinerzeit Lelio Basso, der ausgezeichnete sozialistische Politiker und Journalist, in den «Cahiers Internationaux» über Sizilien veröffentlicht hat. «Auf der einen Seite», so schrieb er, «sind da die arbeitenden, vor allem die bäuerlichen Massen, die noch grossenteils verelendet und ungeschult sind und sich unter äusserst schwierigen Umständen gegen den Grossgrundbesitz und gegen

ständige Unterbeschäftigung und Unterentlohnung wehren, wogegen es nur Auswanderung als Abhilfe gibt. Auf der anderen Seite haben wir eine Klasse von Grundbesitzern, die zumeist noch in einer feudalen Denkweise drinsteckt und mit Unterstützung der Zentralgewalt, das heisst des italienischen Staates, die bestehende erstarrte Ordnung verteidigt. Zwischen diesen beiden Kräften stehen nur ein schwaches bürgerliches Unternehmertum und eine landwirtschaftliche Mittelschicht von Kleinbesitzern, die auf einige Küstenstriche beschränkt ist und Garten- und Obstbau betreibt.»

Ein niederdrückendes Bild von Sizilien entwarf erst im vergangenen Dezember Paul Johnson, der Chefredakteur des «New Statesman». Sogar das grosse Palermo, nahe beim Erdbebengebiet gelegen, bezeichnet er als «eine böse, stinkende, lärmige Stadt, hingelagert zwischen Landzungen, die Goethe die schönsten der Welt nannte». Auch Agrigento, «einst ein grosses und reiches griechisches Gemeinwesen, ist jetzt eine schmutzige, unfreundliche Stadt, in der die Mafia noch mächtig sein soll, und deren Bischof im Jahr 1945 von einem Mafiamörder angeschossen und fast getötet wurde». Oder da ist Salemi, das inzwischen zu 30 Prozent zerstört worden ist, «ein armseliges Bergnest, das von Abkömmlingen der alten Sikuler bewohnt wird (oder war), die zuerst von griechischen Siedlern im sechsten Jahrhundert vor Christus ausgeraubt wurden. Es sind kleingewachsene, einfache, gütige Menschen, die zweieinhalb Jahrtausende lang von räuberischen Eindringlingen gebrandschatzt worden sind. Jetzt haben sie ihre Kathedrale und zweifellos die meisten ihrer Häuser verloren. Es ist bezeichnend, dass die Stadtburg, das Sinnbild der Unterdrückung, das Erdbeben überstanden hat. Aber nur die Reichen und Mächtigen können es sich eben leisten, fest zu bauen; die Armenviertel sind es, die sogar in Glasgow unter den Naturgewalten am meisten zu leiden haben».

Das ist tatsächlich das Empörendste auch an diesem sizilianischen Erdbeben: Zu allem Elend, das von *Menschen* verschuldet ist, werden die Ärmsten der Armen auch noch durch Naturkatastrophen viel härter bestraft als die Wohlhabenden. Reiche findet man wohl in den vom Erdbeben heimgesuchten Städtchen und Dörfern überhaupt nicht. Die Armen aber werden auch von den Hilfsmassnahmen nur ganz ungenügend erreicht, liest man doch in allen Berichten über das sizilianische Rettungswerk, dass es ganz unzulänglich geordnet sei und am wenigsten denen zugute komme, die es am nötigsten hätten, also ähnlich wie in Florenz, wo bei dem Hochwasserunglück die ärmeren Stadtviertel am wenigsten wirksame Hilfe erfahren haben. Ein ausländischer Zeuge der Verwüstung, die das Erdbeben angerichtet hat, vergleicht tatsächlich das heutige Westsizilien mit der Mondlandschaft, die unsere Erde nach einem Atomkrieg darstellen würde. «Es ist», so sagt er, «eine schreckliche Überlegung: Wenn eine Nation wie Italien, die fast jedes Jahr unter irgendeiner Katastrophe von riesigen Ausmassen zu leiden hat, es noch nicht fertiggebracht hat, einen ständigen, wirksamen Katastrophenplan auszuarbeiten, was für Aussichten bestünden dann für das

Menschengeschlecht, wenn ein von Menschen gemachtes Erdbeben diese Lage nicht nur in *einer* Ecke oder *einem* Land schüfe, sondern in allen Ecken aller fortgeschrittensten Länder?»

Was Wunder, dass sich bereits Zehntausende von Flüchtlingen aus dem Erdbebengebiet auf das italienische Festland haben übersetzen lassen, um irgendwo in Mittel- oder Norditalien Unterkunft und Brot zu finden. Aber schliesslich ist solche Auswanderung für Sizilien eben etwas ganz Normales. Allein von 1901 bis 1913 hat eine Million Sizilianer der teuren Heimat den Rücken gekehrt, und zwischen 1951 und 1961 waren es zehn Prozent der Bevölkerung Siziliens, die vor dem Elend daheim in die Fremde zogen — vor allem nach Frankreich, der Schweiz, Deutschland und Belgien, während früher der Auswandererstrom grossenteils nach Nord- und Südamerika ging. Wohl hat der italienische Staat wie für die Ansiedlung von Industrien, so auch für die Landesreform in Sizilien viel Geld ausgegeben; aber besonders aus dem Innern und dem Westen der Insel geht die Auswanderung fast ungehemmt weiter. Und wahrscheinlich ist *sie* es, die das verheerende Grossgrundbesitzsystem allmählich aufheben wird, ist es doch ganz und gar auf die Reservearmee von Halb- und Ganzarbeitslosen angewiesen, die so viele Jahrzehnte lang in Sizilien den Feudalherren zur Verfügung stand.

Für Italien bleibt jedenfalls das Elend des Landproletariats, vornehmlich im Süden und auf Sizilien und Sardinien, eine brennende Schande. Dass im gleichen Land Wohlstand, ja Reichtum und sträflicher Luxus in der einen Hälfte, Armut, Not und Verkommenheit in der anderen zusammenbestehen können, ist bei den heute gegebenen Mitteln, ein menschenwürdiges Leben *allen* Volksgenossen zu sichern, schlechterdings unerträglich geworden. In den regierenden Parteien Italiens hätte man wahrlich Besseres zu tun, als sich über Geheimdienst-, Unterschlagungs- und Bestechungskandale herumzustreiten, wie sie jetzt wieder die Öffentlichkeit beschäftigen. Und man wundert sich nur, dass nicht schon lang aus der Not der unteren Klassen jene radikale Erneuerungsbewegung herausgewachsen ist, nach der wir für unser südliches Nachbarland so sehnlich ausschauen.

Sowjetunion – wohin? Wiederholt schon, besonders aber im Zusammenhang mit dem Revolutionsjubiläum in der Sowjetunion, habe ich hier auf die bedenkliche *Erschlaffung des Willens zum Sozialismus* im «ersten sozialistischen Staat der Welt» aufmerksam gemacht. Da diese Erscheinung nicht nur die Sowjetunion selber angeht, vielmehr für die ganze weltpolitische Lage und Entwicklung von grösster Bedeutung ist, sei es mir erlaubt, darauf erneut zurückzukommen. Dies auch darum, weil die Neuyorker «Monthly Review» als Sonderheft im vergangenen November eine Reihe von Untersuchungen über die Richtung veröffentlicht hat, in der sich die Sowjetgesellschaft bewegt. Vor allem sind es die Beiträge der Herausgeber der Zeitschrift, Leo Huberman und Paul Sweezy, die umso stärkeres Gewicht haben, weil beide auf ausgesprochen marxistischem Boden stehen, aber immer eine Unbefangenheit und

Unabhängigkeit des Urteils bekunden, wie sie gerade für eine wirklichkeitsgemässe Bewertung des Sowjetkommunismus unentbehrlich ist.

Die beiden Verfasser, die ihrer Zeitschrift innert weniger Jahre internationale Hochschätzung gewonnen haben, anerkennen selbstverständlich die weltgeschichtliche Leistung der russischen Revolution, über die nach allem auch an dieser Stelle kein Wort mehr zu verlieren ist. Hingegen sind sie voller Bedenken hinsichtlich der *Zukunft* des Sozialismus in russischen Landen. Wir wollen ihren Gedankengang in aller gebotenen Knappheit zusammenfassen.

Die Sowjetunion, so stellen sie fest, ist im Gegensatz zu vielen anderen Ländern heute eine gefestigte Gesellschaft mit einem ungeheuer mächtigen Staatsapparat und einer Wirtschaft, die eines recht schnellen Wachstums fähig ist. Sie ist tatsächlich auf allen Ebenen entpolitisiert und darum nicht-revolutionär. Die Interessen der einzelnen und der Familien drehen sich vor allem um ihre Privatangelegenheiten, um ihr Einzelvorwärtskommen und um die Höhe des Familienverbrauchs. Ausser Japan gibt es wahrscheinlich kein kapitalistisches Land auf der Welt, in dem die klassischen bürgerlichen Mechanismen ebenso wirksam die Art und den Umfang der Tätigkeiten bestimmen, die nötig sind, um die Wirtschaft vorwärtszutreiben. Das Gesellschaftsleben ist demgemäss privatisiert und das politische Leben seines Inhalts beraubt worden. Bürgerliche Werte, bürgerliche Erfolgsmerkmale, bürgerliche Verhaltensweisen werden — nicht zuletzt durch die neu in Kraft gesetzten privaten Leistungsantriebe — planmässig gefördert. Der Mensch entfremdet sich so mehr und mehr sich selber und seinem Mitmenschen.

All diese Erscheinungen können nur von blinden Verteidigern der bestehenden Ordnung geleugnet werden. Man wendet aber gern ein, dass eben der «neue Mensch», den die sozialistische Gesellschaft erzeugen soll, nur in einer Überflussgesellschaft erwachsen könne und dass darum die ständige Ausweisung der Wirtschaft und die Hebung der Lebenshaltung der Massen eine unumgängliche Notwendigkeit des geistigen Fortschritts seien. In Wirklichkeit ist aber das Ergebnis der Wirtschaftsentwicklung, so wie sie jetzt in der Sowjetunion betrieben wird, nicht der erträumte neue, sondern ein recht alter Mensch, der, sofern er wirtschaftlich begünstigt ist, von Gier und Selbstsucht beherrscht wird, von Neid und Hass aber, wenn er weniger glücklich ist. Ist das wirklich nicht zu vermeiden? Kann man sich keine Hebung der Lebenshaltung vorstellen, die mit sozialistischen Zielsetzungen besser vereinbar ist? Man kann es — aber dann ist dreierlei nötig: Private Bedürfnisse sollten nur befriedigt werden, wenn das für *alle* möglich ist; die Herstellung von Gütern soll nur dann vermehrt werden, wenn sie sich zur Nutzbarmachung für die Volksgesamtheit eignen; und alle anderen Güter sollen nur für gemeinsamen Verbrauch erzeugt werden.

Das bedeutet, dass in unterentwickelten Ländern z. B. keine Automobile, Haushaltapparate und andere Dauergüter für rein privaten Verbrauch hergestellt werden sollen. Andernfalls ginge es Jahre und Jahrzehnte, bis

soviel von diesen Gütern erzeugt werden, dass sie für alle zugänglich und erschwinglich sind. Inzwischen würden sich aber *die Ungleichheiten im Einkommen und Vermögen* derart verschärfen, dass von einer sozialistischen Gesellschaft keine Rede sein könnte. Die Güterproduktion und die Bereitstellung von Diensten muss sich also vor allem auf solche Dinge richten, die gemeinschaftlich genutzt werden können: Autobetriebe, Gemeinschaftsküchen, Wohnblöcke, Nachbarschaftswäschereien und so weiter. Was heute in der Sowjetunion geschieht ist aber etwas anderes. Die Sowjetunion steht beispielsweise im Begriff, in das Automobilzeitalter nach bürgerlich-kapitalistischen Vorbildern einzutreten. Schon anfangs der siebziger Jahre soll die Herstellung von Kraftwagen mehr als das Fünffache des jetzigen Bestandes erreichen. Entsprechend gefördert werden soll die Bereitstellung von Autobahnen, Parkplätzen, Garagen, Tankstationen, Motels und so fort. Das heisst aber, dass nur eine kleine Minderheit der Gesamtbevölkerung in den Besitz all der Annehmlichkeiten kommen wird, die das Automobil bietet, eingeschlossen rasche Erreichung des Arbeitsortes, bessere Ausnutzung der Freizeit, des Wochenendes, der Ferien usw. Die Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen der schmalen Oberschicht und der breiten Volksmasse wird gewaltig erhöht und befestigt werden. Andererseits aber werden zugunsten der Automobilindustrie und ihrer vielfältigen Hilfsdienste alle anderen Wirtschaftszweige und Kulturaufgaben vernachlässigt werden. Die Hebung der Lebenshaltung der Volksmehrheit wird nicht im Vordergrund stehen können, wenn Wirtschaft und Gesellschaft der Sowjetunion ihre gegenwärtige Richtung fortsetzen und ihr Tempo sogar noch beschleunigen.

Ob und wieweit die Sowjetunion auf diesem Weg zu einer eigentlichen *Klassengesellschaft* wird, bleibt abzuwarten; auf jeden Fall wird sie noch viel ausgeprägter als heute eine «geschichtete» Gesellschaft werden, in der die schon heute festgefügte herrschende Oberschicht ihre Stellung künftig noch viel kräftiger erweitern und verankern wird.

Soweit die Skizze, die Huberman und Sweezy von der Entwicklungsrichtung der Sowjetgesellschaft entwerfen. Andere Mitarbeiter der erwähnten Jubiläumsschrift bekräftigen diese Darstellung. Auch sie heben hervor, dass das Sowjetsystem in Routine und Konservatismus zu erstarren drohe und der revolutionäre Idealismus der bolschewistischen Frühzeit mehr und mehr einer blossen Befriedigung von Verbraucherinteressen Platz mache. Die Folge sei, dass das Sowjetexperiment mit bemerkenswerter Schnelligkeit aus dem Vordergrund des internationalen Geschehens zurückgetreten sei. Das kommunistische China habe die Sowjetunion als revolutionäre Kraft unschwer überholt; in den unterentwickelten Ländern habe die Sowjetunion an Ansehen und Einfluss offenkundig verloren; in Osteuropa nehme sie längst nicht mehr die beherrschende Stellung früherer Jahrzehnte ein, und die kommunistischen Parteien in Westeuropa fänden sich mehr und mehr mit den herrschenden Zuständen ab, könne sich doch eine revolutionäre Partei nicht dauernd als solche halten, wenn sie sich als unfähig erweise, ihre Sendung zu erfüllen.

Dennoch, so meinen wir in Übereinstimmung mit verschiedenen Mitarbeitern der wertvollen Veröffentlichung, darf man die Sowjetunion als Triebkraft der sozialen Umwälzung nicht einfach abschreiben. Vor allem bleibt vorderhand die organisatorische Grundlage des Sozialismus, das Gemeineigentum an den wesentlichen Mitteln von Produktion und Verteilung, ungeschmälert bestehen, als Hauptvoraussetzung der sozialen Planwirtschaft, die freilich nach dem Gesagten nicht mehr auf die *gleichmässige* Steigerung des Wohlstandes aller Bevölkerungsschichten gerichtet sein kann. Wie lang dieser Zwiespalt aufrechtzuerhalten ist, erscheint ungewiss. Man wird aber doch darauf zählen können, dass die sozialistischen Kräfte in der Sowjetunion keineswegs eingeschlafen sind, sondern sich aufs neue regen und durchsetzen werden. All diejenigen, die glaubenslos oder zynisch von der Unveränderlichkeit der menschlichen Natur reden in dem Sinn, dass der Kapitalismus — die angeblich freie Wirtschaft — das dem menschlichen Wesen am besten angemessene System der Wohlförderung sei, sie werden durch die zunehmenden Widersinnigkeiten dieses Systems, wie sie sich trotz allen «Wirtschaftswundern» heute in gewaltigerem Ausmass offenbaren als je, auch in der Sowjetunion immer handgreiflicher ins Unrecht gesetzt werden. Und wenn in der Sowjetunion selbst die sozialistischen Kräfte zu langsam durchdringen sollten, so werden sie in den noch stärker unterentwickelten Völkern immer mächtigere Bundesgenossen finden, die auch die Sowjetunion mit sich reissen werden — als Gegenbewegung zu dem Strom sozialistischer Gedanken und Willenskräfte, der seinerzeit aus der Sowjetunion in die Welt der Unterentwickelten geflossen ist.

Eins ist aber sicher: Auch in der Sowjetunion kann der Sozialismus, der eine sittliche, ja religiöse Forderung oder nichts ist, nur verwirklicht werden, wenn eine Volksmehrheit von seinem Geist erfüllt ist, vom Hunger und Durst nach Gerechtigkeit und gegenseitiger Hilfe nach Freiheit und Menschenwürde, nach den «Schätzen im Himmel» und nicht nur nach materiellem Wohlergehen. Das Auto und der Kühlschrank kommen dann ganz von selber. So richtig es ist, dass der Geist der Einrichtungen, in denen ein Volk lebt — das «gesellschaftliche Sein» nach Marx — auch sein Bewusstsein beeinflusst, so falsch wäre es, sozialistische Einrichtungen von einer revolutionären Minderheit der Volksmehrheit auferlegen zu lassen und dann auf den «neuen Menschen» zu warten, der aus diesem gesellschaftlichen Sein geboren werde. Wie es mit dem neuen Menschen in der Sowjetunion tatsächlich steht, haben wir gesehen; und in anderen kommunistisch regierten Ländern, denen die neue Ordnung von oben her geschenkt worden ist, ist es nicht besser. Staaten, wie Jugoslawien, China, Kuba, Vietnam, in denen die soziale Umwälzung bei aller Führung durch eine «aufgeklärte» Minderheit von unten her, sei es auch im bewaffneten Kampf des Volkes, vollzogen worden ist, stehen in diesem Sinn viel fester da. Wenn aber der Augenschein nicht täuscht, sind die Quellen des sozialistischen Geistes auch im Sowjetvolk nicht verschüttet, beginnen vielmehr gerade neuerdings wieder lebendig zu sprudeln, nicht zuletzt in der Bewegung der Schriftsteller und

Künstler, die den Regierenden so viel zu schaffen macht. Und diese Bewegung wird weitergreifen, wird sich mit anderen Kräften verbünden und die Erstarrung durchbrechen, die sich über die gesättigte, beamtete Oberschicht gelegt hat, für die es offenbar kein Problem des Sozialismus mehr gibt. In diesem Sinn mag es sich bewahrheiten, was Harry Braverman in der «Monthly Review» sagt: «Die Zeit kommt, da das Sowjetvolk im eigenen Namen und in eigener Person die Führung übernimmt, mit vollem Bewusstsein und Wissen... Die Geschichte ruft es auf, seine Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen und selber zu tun, was keine Bürokraten für es zu tun vermögen.»

1. Februar

Hugo Kramer

Unglaublich im In- und Ausland

Rom, 5. Januar. Italiens Aussenminister teilte dem Sondergesandten Präsident Johnsons, Katzenbach mit, ein baldiges Ende des Vietnamkrieges würde dazu beitragen, das amerikanische Finanzproblem zu lösen. Worauf der präsidentielle Gesandte erwiderte, der Vietnamkrieg sei nicht schuld am amerikanischen Dollarabfluss und habe nur eine geringe Wirkung auf die USA-Zahlungsbilanz.

Washington Dispatch, Wall Street Journal, 5. Januar.

Auf die Frage, wie lange die Einschränkungen der Dollarzahlungen ans Ausland in Kraft bleiben würden, antwortete der Beamte des USA-Finanzamtes: «Sagen Sie mir wie lange der Vietnamkrieg noch dauert, dann kann ich Ihre Frage beantworten».

Aus I. F. Stone's Weekly
22. Januar 1968